



BAD HOMBURG
VOR DER HÖHE

Stadtverwaltung | 61343 Bad Homburg v. d. Höhe

Der Magistrat
Fachbereich Stadtplanung
- Städtebau und Projektentwicklung -

Bahnhofstr. 16 - 18
Bad Homburg v. d. Höhe
Telefonzentrale: 06172 / 100-0
Telefon: 06172 / 100-6130
bauleitplanung@bad-homburg.de

September 2023

**Information zur Datenschutz-Grundverordnung im Zusammenhang mit
der Durchführung von Bebauungsplanverfahren nach dem Baugesetzbuch und
der Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen von §§ 3 (1) und 3 (2) Baugesetzbuch**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bitte beachten Sie, dass Ihre Stellungnahme nur geprüft werden kann, wenn Sie Ihren Namen und Ihre Adresse sowie die Bezeichnung des Planverfahrens angeben.

Im Rahmen des Datenschutzes werden Ihre Daten durch den Fachbereich Stadtplanung zur weiteren Bearbeitung im Bebauungsplanverfahren und für Beschlussfassungen städtischer Gremien über den Bebauungsplan verwendet.

Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte finden Sie im Folgenden bzw. in der Anlage.

Aufgrund der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO, anzuwenden seit dem 25. Mai 2018) sind wir verpflichtet, Sie über die Art und den Umfang der mit der Durchführung des Bebauungsplanverfahrens einhergehenden Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu informieren. Zu diesem Zweck finden Sie in untenstehendem vierseitigem Informationsblatt (Anlage) weitergehende Informationen.

Im Falle einer Sammeleingabe bitten wir Sie, die weiteren Mitunterzeichnenden einer Stellungnahme über die Datenschutz-Grundverordnung zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Fachbereich Stadtplanung
PB Städtebau u. Projektentwicklung

Anlage

QR Code scannen für aktuelle
Öffnungszeiten des
Rathauses/Stadtbüros und für
Informationen zur Anfahrt.
www.bad-homburg.de/datenschutz



Taunus-Sparkasse
IBAN DE58 5125 0000 0001 0140 05
Swift Bic HELADEF1TSK
USt-Id-Nr.: DE 114 110 224
Steuer-Nr.: 003 226 0500 3

Bad Homburg v. d. Höhe
Rathausplatz 1
61343 Bad Homburg vor der Höhe
www.bad-homburg.de

Informationsblatt nach Art. 13 und Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Angaben zum Verantwortlichen

Name: Stadt Bad Homburg v. d. Höhe / Der Magistrat / Fachbereich 61
Straße: Rathausplatz 1
Postleitzahl, Ort: 61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172-100-6130
E-Mail-Adresse: stadtplanung@bad-homburg.de
Internet-Adresse: www.bad-homburg.de

Angaben zur Person des Datenschutzbeauftragten

Anrede: Herr
Name: Jürgen Rupprecht
Straße: Rathausplatz 1
Postleitzahl, Ort: 61348 Bad Homburg v. d. Höhe
Telefon: 06172-100-1150
E-Mail-Adresse: datenschutz@bad-homburg.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:	Zwecke: Verbindliche Bauleitplanung, Aufstellung von Bebauungsplänen, Beteiligung der Öffentlichkeit Rechtsgrundlagen: §§3 und 4a Baugesetzbuch (BauGB)
Berechtigte Interessen, die verfolgt werden:	Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB ist im Bauleitplanverfahren Pflicht und im Sinne der Öffentlichkeit, da ihre Einwendungen auf diese Weise Eingang in das Verfahren erhalten. Dementsprechend ist eine Speicherung erforderlich. Dies umfasst auch Name und Adresse des/der Einwender/in, um die Betroffenheit feststellen zu können.
Kategorien von Datenempfänger oder Empfänger (sofern Datenübermittlung stattfindet):	<ul style="list-style-type: none">• Magistrat der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe• Ortsbeiräte und Stadtverordnete im Rahmen von Beschlussvorlagen im Bauleitplanverfahren• Von der Stadt beauftragte Planungsbüros, die die Stadt bei der Aufstellung von Bebauungsplänen unterstützen. Konkrete Empfänger (bei Datenübermittlung in Drittstaaten): <ul style="list-style-type: none">• Keine
Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten:	Keine
Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:	Dauerhafte Speicherung der Daten, Löschung der Daten nach Zweckerfüllung (Aufhebung des aufgestellten Bebauungsplanes)
Erforderlichkeit und Verpflichtung zur	<ul style="list-style-type: none">• Gerichtliche Auskunftspflicht gem. § 99 Abs. 1

<p>Bereitstellung:</p>	<p>Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zur Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 BauGB müssen personenbezogene Daten sowohl erhoben, als auch ausgewertet werden, sodass die Verarbeitung insgesamt erforderlich i.S.v. § 3 Abs. 1 Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) i.V.m. Art. 6 S. 1, c) DS-GVO ist.
<p>Mitteilung über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DS-GVO und deren Erforderlichkeit:</p>	<p>Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling statt.</p>
<p>Falls die Erforderlichkeit zur Entscheidungsfindung auf Art 22, Abs.2 lit. a oder c DS-GVO beruht, angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte und Freiheiten sowie der berechtigten Interessen der betroffenen Person:</p>	<p>nicht zutreffend</p>
<p>Information über involvierte Logik sowie Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für den Betroffenen:</p>	<p>nicht zutreffend</p>

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 Abs. 1 und 2 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen, wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat.

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten vom Verantwortlichen zu erhalten, wenn die in Art. 20 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen zutreffen, z.B. wenn die betroffene Person die personenbezogenen Daten mit ihrer Einwilligung zur Verfügung gestellt hat und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt (**Recht auf Datenübertragbarkeit**). Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

Recht auf Widerspruch und Widerruf

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht ihre **Einwilligung** zur Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten jederzeit **zu widerrufen**, sofern die Verarbeitung der sie betreffenden Daten auf ihrer Einwilligung für den verfolgten Zweck beruht. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt davon unberührt.

Wenn Sie nicht wünschen, dass Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, können Sie dem jederzeit ohne Angaben von Gründen widersprechen. Dies gilt sofern die Verarbeitung auf öffentlichen oder berechtigten Interessen beruht.

Erteilte Einwilligungen können Sie jederzeit für die Zukunft widerrufen. Dafür genügt eine Mitteilung per E-Mail oder schriftliche Mitteilung an den Verantwortlichen.

Die Kontaktdaten finden Sie im Abschnitt „Angaben zum Verantwortlichen“ auf diesem Informationsblatt. Nach Ihrem Widerruf verarbeiten wir Ihre Daten nicht mehr für die im Rahmen der Einwilligung angegebenen Zwecke.

Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Hessen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Postfach 31 63

65021 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 1408-0

Telefax: 0611 / 1408-611

E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de

Internet: <https://datenschutz.hessen.de>